

Brüssel, den 12.10.2015
C(2015) 6845 final

BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 12.10.2015

zur Änderung des Beschlusses C(2014) 9861 über das Jahresaktionsprogramm 2014 für die Demokratische Republik Kongo zulasten der Überbrückungsfazilität des Europäischen Entwicklungsfonds durch Inanspruchnahme von Mitteln des 11. Europäischen Entwicklungsfonds

BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 12.10.2015

zur Änderung des Beschlusses C(2014) 9861 über das Jahresaktionsprogramm 2014 für die Demokratische Republik Kongo zulasten der Überbrückungsfazilität des Europäischen Entwicklungsfonds durch Inanspruchnahme von Mitteln des 11. Europäischen Entwicklungsfonds

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2015/322 des Rates vom 2. März 2015 über die Durchführung des 11. Europäischen Entwicklungsfonds¹, insbesondere auf Artikel 9,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2015/323 des Rates vom 2. März 2015 über die Finanzregelung für den 11. Europäischen Entwicklungsfonds², insbesondere auf Artikel 26,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- 1) Die Kommission hat das Nationale Richtprogramm für die Demokratische Republik Kongo³ für den Zeitraum 2014-2020 angenommen. Unter Punkt 1.2 des Programms werden folgende Prioritäten genannt: Armutsbekämpfung, Umweltschutz, Staatsführung und Infrastrukturen.
- 2) Das Jahresaktionsprogramm zielt darauf ab, die Armut eines Teils der kongolesischen Bevölkerung zu bekämpfen, indem durch angemessene medizinische Grundversorgung ein Beitrag zur Verbesserung der Volksgesundheit in sieben Gesundheitsbezirken der westlichen Provinz geleistet wird. Außerdem soll es dem Land ermöglicht werden, über den nationalen Anweisungsbefugten in vollem Umfang der Rolle gerecht zu werden, die ihm im Rahmen des Partnerschaftsabkommens von Cotonou in Bezug auf die Planung, Festlegung, Formulierung und Durchführung der aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) finanzierten Programme und Projekte übertragen wurde. Die Kommission hat das Jahresaktionsprogramm 2014 für die Demokratische Republik Kongo zulasten der Überbrückungsfazilität des EEF⁴ angenommen, das zwei Maßnahmen umfasst: i) LRRD – Verknüpfung von Soforthilfe und Entwicklung: „Verbesserung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung in sieben Gesundheitsbezirken der westlichen Provinz durch Gewährleistung einer angemessenen medizinischen Grundversorgung“ und ii) „Unterstützung des nationalen Anweisungsbefugten (PAON)“.
- 3) Mit diesem Beschluss sollen zusätzlich 6 000 000 EUR aus dem 11. EEF für die Maßnahme ii) „Unterstützung des nationalen Anweisungsbefugten (PAON)“ zur Verfügung gestellt werden.

¹ ABl. L 58 vom 3.3.2015, S. 1.

² ABl. L 58 vom 3.3.2015, S. 17.

³ Beschluss C(2014) 3904.

⁴ C(2014) 9861.

- 4) Dieser Beschluss entspricht den Bedingungen des Artikels 94 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission⁵, die gemäß Artikel 2 Absatz 1 und Artikel 26 des Anhangs der Verordnung (EG) Nr. 567/2014 des Rates⁶ und Artikel 2 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2015/323 Anwendung finden.
- 5) Die Kommission kann dem in diesem Beschluss genannten Partnerland – vorbehaltlich des Abschlusses einer Finanzierungsvereinbarung – Haushaltsvollzugsaufgaben im Rahmen der indirekten Verwaltung übertragen. Im Einklang mit Artikel 60 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012, der aufgrund von Artikel 17 und Artikel 2 Absatz 1 des Anhangs der Verordnung (EU) Nr. 567/2014 sowie von Artikel 17 und Artikel 2 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2015/323 Anwendung findet, hat der zuständige Anweisungsbefugte sichergestellt, dass Maßnahmen getroffen wurden, um die Durchführung der übertragenen Aufgaben zu überwachen und zu unterstützen. Eine Beschreibung dieser Maßnahmen und der übertragenen Haushaltsvollzugsaufgaben ist in den Anhängen dieses Beschlusses enthalten.
- 6) Es sei darauf hingewiesen, dass Zuschüsse ohne Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen unter der Verantwortung des zuständigen Anweisungsbefugten vergeben werden können, wenn dieser sichergestellt hat, dass die Bedingungen gemäß Artikel 190 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 erfüllt sind, die aufgrund von Artikel 37 Absatz 1 und Artikel 2 Absatz 1 des Anhangs der Verordnung (EG) Nr. 567/2014 sowie von Artikel 17 und Artikel 2 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2015/323 Anwendung finden. Die Gründe für die Vergabe eines solchen Zuschusses und die potenziellen Empfänger sollten, soweit sie bekannt sind, aus Gründen der Transparenz in dem Beschluss genannt werden.
- 7) Der mit diesem Beschluss festgesetzte Höchstbeitrag der Europäischen Union deckt etwaige Verzugszinsen auf der Grundlage von Artikel 92 der Verordnung (EU, EURATOM) Nr. 966/2012⁷ und Artikel 111 Absatz 4 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012, die aufgrund von Artikel 29 Absatz 1 und Artikel 2 Absatz 1 des Anhangs der Verordnung (EG) Nr. 567/2014 sowie von Artikel 29 Absatz 1 und Artikel 2 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2015/323 Anwendung finden.
- 9) Die in diesem Beschluss vorgesehene Maßnahme steht im Einklang mit der Stellungnahme des Ausschusses für den Europäischen Entwicklungsfonds, der eingesetzt wurde mit Artikel 8 des Internen Abkommens zwischen den im Rat vereinigten Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Finanzierung der im mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2014 bis 2020 vorgesehenen Hilfe der Europäischen Union im Rahmen des AKP-EU-Partnerschaftsabkommens und über die Bereitstellung von finanzieller Hilfe für die

⁵ Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission vom 29. Oktober 2012 über die Anwendungsbestimmungen für die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union, ABL. L 362 vom 31.12.2012, S. 1.

⁶ Verordnung (EU) Nr. 567/2014 des Rates vom 26. Mai 2014 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 215/2008 über die Finanzregelung für den 10. Europäischen Entwicklungsfonds für die Zwecke der Anwendung des Übergangszeitraums zwischen dem 10. Europäischen Entwicklungsfonds und dem 11. Europäischen Entwicklungsfonds bis zum Inkrafttreten des Internen Abkommens über den 11. Europäischen Entwicklungsfonds, ABL. L 157 vom 27.5.2014, S. 52.

⁷ Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2012 des Rates (ABL. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

überseeischen Länder und Gebiete, auf die der vierte Teil des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union Anwendung findet⁸ –

BESCHLIESST:

Einziger Artikel

Der Beschluss C(2014) 9861 wird wie folgt geändert:

- 1) Artikel 2 erhält folgende Fassung:

„Artikel 2

Der mit diesem Beschluss genehmigte Beitrag der Europäischen Union zur Durchführung dieses Programms beläuft sich auf höchstens 13 000 000 EUR, wovon 7 000 000 EUR zulasten der Überbrückungsfazilität des EEF und 6 000 000 EUR zulasten des 11. Europäischen Entwicklungsfonds finanziert werden.“

- 2) Anhang II „Unterstützung des nationalen Anweisungsbefugten (PAON)“ erhält die Fassung des Anhangs dieses Beschlusses.

Geschehen zu Brüssel am 12.10.2015

*Für die Kommission
Neven Mimica
Mitglied der Kommission*

⁸ ABl. L 210 vom 6.8.2013, S. 1.